

„Im Brennglas der Geschichte – 100 Jahre Weimarer Republik“.

Ringvorlesung im Sommersemester 2019
15.04.-08.07.2019

Dr. Ulrike Hospes

Leiterin Büro Bundesstadt
Bonn
Politische Bildung
T +49 2241 / 246 4257
M +49 151 50683618
ulrike.hospes@kas.de

Spätestens seitdem im Februar die Feierlichkeiten zu 100 Jahre Weimarer Republik begangen wurden, steht die Forderung im Raume, einen Perspektivwechsel herbeizuführen: Weimar soll nicht mehr nur vom Ende her gesehen werden, nicht mehr nur als „Inkubationszeit des Nationalsozialismus“ (Karl Dietrich Bracher). Weimar soll nicht mehr nur Synonym sein für Unregierbarkeit, Chaos, politische Krise, das Scheitern der ersten deutschen Demokratie sowie Machtverlust und Selbstaufgabe.

Ziel müsse es auch sein, die politischen und kulturellen Impulse und langfristigen Wirkungen herauszustellen.

Dennoch: Es ist nicht zu leugnen, dass es verpasste Chancen und strukturelle Defizite gab. Die Kultur des Politischen zu hinterfragen, bleibt Aufgabe auch unserer Zeit, um das aufkommende Gespenst der „Weimarer Verhältnisse“ einzufangen.

Es plopt wohl nicht mehr die alte Frage auf: Ist Bonn Weimar? Oder: Ist Berlin Weimar? Dagegen spricht die 70-jährige Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Frieden, Freiheit, Wohlstand. Aber es werden Befürchtungen wieder geäußert, die Sorgen um unsere Demokratie zum Ausdruck bringen.

Es ist richtig: Das Jahr 1919 stellt einen Aufbruch dar: Der Erste Weltkrieg beendet, wenn auch nicht in seinen Folgen abgeschlossen, Einführung des Frauenwahlrechts, Gründung des Staatlichen Bauhaus, Erarbeitung der Weimarer Reichsverfassung. Am 14. August trat sie in Kraft. Es war die erste Verfassung in Deutschland, die die Legitimation staatlicher Macht und aller öffentlichen Ämter konsequent auf das Prinzip der Volkssouveränität zurückführte und durch Wahlen vollzog, sogar bei der Wahl des Staatsoberhauptes. Mitbestimmung erfolgte auch durch Volksbegehren und -entscheide. Grundrechte wurden explizit verankert – allerdings am Ende; die Grundrechte galten daher nach Maßgabe der Gesetze. Im Grundgesetz gelten die Gesetze nach Maßgabe der Grundrechte. Ideale wie Freiheit, Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit wurden festgeschrieben.

In Erinnerung geblieben sind jedoch hauptsächlich die vielfältigen Gründe für das Scheitern der Weimarer Demokratie: die schwierigen Entstehungsbedingungen nach dem Sturz der Monarchie, die Dolchstoßlegende und die Mobilisierung des extremen Nationalismus, die Weltwirtschaftskrise und Spaltung der Arbeiterschaft, das Misstrauen gegen gesellschaftlichen Pluralismus und die nicht eingeübten geordneten Machtwechsel im politischen Wettkampf von Regierung und Opposition. Nicht zu vergessen natürlich Art. 48, mit dem der spätere Reichspräsident Hindenburg aus dem Notstandsregime einer parlamentarischen Regierung ein antiparlamentarisches Präsidialregime formte.

Spätestens mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 und der damit verbundenen Selbstabdankung des Parlaments wurde die Weimarer Verfassung ausgehebelt.

Die Weimarer Republik steht für einen Politikbetrieb in der Dauerkrise: 21 Regierungen in 14 Jahren. Am Ende wurde durch das Wahlverhalten einer Mehrheit der Wahlberechtigten letztlich den Verfassungsfeinden die Disposition über die Lebenswirklichkeit in die Hand gegeben. Es gab natürlich Republikaner und Demokraten – am Ende stellten sie aber nicht mehr die Mehrheit.

Im Rahmen der Feierlichkeiten zu 100 Jahre Weimarer Republik äußerte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, dass Errungenschaften wie Gewaltenteilung, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit vielerorts in Europa wieder angefochten werden.

Angesichts des weltweit zunehmenden Populismus und Nationalismus stellen wir uns wieder die Frage: Wie stabil ist unsere liberale Grundordnung? Gibt es überhaupt stabile politische Systeme? Wovon hängt die Stabilität politischer Systeme ab?

Nach einer Studie zweier amerikanischer Politikwissenschaftler beenden nicht Putsch, Bürgerkriege oder militärische Interventionen Demokratien, sondern Wahlen, in deren Folge Gruppierungen ermächtigt werden, mal die Pressefreiheit, mal die Meinungsfreiheit, mal die Unabhängigkeit der Justiz erst zu skandalisieren, dann zu unterhöhlen.

Leider sind Demokratien keine sich selbst erhaltenden Systeme. Die Debatte über Grundlagen und Gefährdungen der Demokratie, über den Schutz unseres politischen Grundkonsenses läuft.

Traditionelle Gewissheiten werden in Frage gestellt. Viele Menschen fühlen sich heute wieder kulturell und materiell bedroht – durch Zuwanderung, Globalisierung, Digitalisierung. Verlustängste sind wieder da. Das Gefühl des Ausgrenztseins, die vermeintliche Vorherrschaft einer politischen und wirtschaftlichen Elite begünstigen Wut und Protest. Realität ist zu komplex, Pluralismus zu anstrengend, der Freund-Feind-Gegensatz teilt die Welt einfach ein. Die Veränderung der politischen Sprache spaltet.

Auch wenn das Grundgesetz vorgebaut hat und Artikel 79 III GG den Föderalismus, die Würde des Menschen und den demokratischen sowie sozialen Bundesstaat schützt, so entscheidet doch nicht der Verfassungstext allein über die Stabilität einer liberalen Grundordnung, sondern die Entschlossenheit der Bürgerinnen und Bürger, die Stabilität einer demokratischen Verfassung und ihrer Regeln noch wichtiger zu finden als die jeweils eigenen politischen Präferenzen (so Norbert Lammert). Glücklicherweise gibt es heute weitaus mehr Unterstützer, die in der Freiheit der parlamentarischen Demokratie die adäquateste Form der politischen Verfassung sehen.

Doch Weimar lehrt: „Jede Generation muss wieder für Demokratie kämpfen“, so Bundeskanzlerin Angela Merkel am 6. Februar 2019 in Weimar. Und ergänzend Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: „Demokratie gelingt oder scheitert nicht auf dem Papier der Verfassung, sondern in der gesellschaftlichen Realität.“ Sie sei angewiesen auf „Loyalität und Vertrauen, vor allem auf das Engagement derer, die in ihr leben. Sie ist angewiesen auf demokratische Patrioten.“ Jeder Bürger, der sich abwende, fehle der Demokratie. Steinmeier warnt: „So wenig der Demokratie vor 100 Jahren ihr Scheitern vorherbestimmt war, so wenig ist heute ihr Gelingen garantiert.“

Grund genug für die Konrad-Adenauer-Stiftung – gemeinsam mit der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, dem Institut français und der Jakob-Kaiser-Stiftung an 100 Jahre Weimarer Republik zu erinnern, mit einem Blick auf deren Innovationen, aber auch den Lehren, die sie für unsere politische Kultur und unser gesellschaftliches Miteinander bietet.

Alle Termine und Referenten unter

<https://www.kas.de/web/bundesstadt-bonn/veranstaltungen/detail/-/content/ringvorlesung-im-brennglas-der-geschichte-100-jahre-weimarer-republik>